

Flüchtlinge

Alter Wein in neuen Schläuchen?

Für die einen ist es Isolationshaft, für die anderen effizienter als vorher, für viele irgendwas dazwischen. Die Landesaufnahmestelle Lebach ist seit gut einem halben Jahr „AnKER“-Zentrum. Doch hat sich außer dem Namen wirklich etwas geändert?

Von Sarah Schött

Die kasernenähnlichen Gebäude sehen alle gleich aus. Sie unterscheiden sich nur durch die Nummern, die an den Wänden stehen, und durch die Farbe, in denen der Balkon gestrichen ist. Aber die blättert häufig ab, Risse ziehen sich durch den Putz. An einigen Fenstern hängen Vorhänge, an anderen erkennt man, dass Bettlaken oder Duschvorhänge zu Gardinen umfunktioniert wurden. Auf den kleinen Balkonen stapeln sich Möbel und Wäscheständer. Die Hausfassaden, früher einmal weiß, haben einige schwarze Stellen. Es ist kühl an diesem Freitagmorgen und es regnet. Das verstärkt den trostlosen Eindruck noch. Man sieht ihr ihre 60 Jahre an, der Landesaufnahmestelle Lebach. Da nutzt auch der neue Name nichts. „AnKER-Zentrum“ heißt sie jetzt seit einem guten halben Jahr offiziell. „AnKER“, das steht für Ankunft, Entscheidung, Rückführung.

Angekommen sind die Flüchtlinge auch vorher schon, entschieden wurde auch schon vor der Namensänderung, und Rückführungen sind keine neuen Erfindungen. In der Tat hat sich auch an der eigentlichen Arbeit nur wenig geändert, wie der Leiter der Lebacher Einrichtung, Sascha Weidig (44), bestätigt. „Bei uns in der Landesaufnahmestelle waren die AnKER-Verfahrensabläufe in weiten Teilen schon Standard.“ Die Flüchtlinge seien schon immer bis zum Abschluss ihres Verfahrens oder bis zur Rückreise in der Einrichtung verblieben. Denn Lebach ist gleichzeitig eine Erstaufnahmeeinrichtung und eine Gemeinschaftsunterkunft. Das sei in vielen anderen Orten nicht so. „Da sind viele Stellen wirklich nur Erstaufnahmeeinrichtungen mit einer maximalen Verweildauer von sechs Monaten per Gesetz. Spätestens danach werden die Menschen in Kommunen gebracht, oder überhaupt raus verteilt.“ Der Gedanke bei der Einrichtung von AnKER-Zentren war es unter anderem, dass die Flüchtlinge dort so lange bleiben, bis endgültig über ihren Asylantrag entschieden wurde. So war es in Lebach aber eben vorher schon. Wenn der sechsmonatige Aufenthalt in der Erstaufnahmestelle erreicht war und noch keine Entscheidung feststand, wurden die Flüchtlinge in die Gemeinschaftsunterkunft gebracht – sie wechselten also nur das Haus, blieben aber in der Lebacher Einrichtung.

Ein weiterer Vorteil, den das AnKER-Prinzip bringen sollte: Alle am Verfahren beteiligten Institutionen sollen unter einem Dach zusammenarbeiten, um den Asylprozess so effizient wie möglich

zu gestalten. Auch das war im Saarland schon längst der Fall. Die beteiligten Ämter sitzen entweder in der Lebacher Einrichtung oder, da das Saarland ein relativ kleines Bundesland ist, nur wenige Kilometer entfernt.

Lediglich Kleinigkeiten hätten sich im Verfahrensablauf geändert, betont Weidig. Zum Beispiel wurde die Identitätsprüfung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vorgezogen. „Früher wurde das bei der Antragsstellung gemacht, heute bei der Erstaufnahme.“

Vom Bund finanzierte neue Betreuungsprojekte

Zusätzlich seien vom Bund finanzierte Betreuungsprojekte dazugekommen, wie zum Beispiel eine Upcycling-Werkstatt. Eines dieser Projekte läuft an diesem Morgen gerade. In einem Container sind vier Männer damit beschäftigt, Fahrräder zu reparieren. Einer von ihnen hat ein Heft in der Hand. Darin hat er sich aufgeschrieben, wie die einzelnen Teile heißen. Ein anderer, Hisham, macht sich gerade an einem Reifen zu schaffen. Der 26-Jährige kommt aus Syrien und ist seit fünf Monaten in Lebach. Ob es ihm hier gefällt? Ja, die Arbeit am Rad mache Spaß. „In Syrien habe ich eigentlich nicht mit Rädern gearbeitet, aber wir lernen bei Christian, sie für alle hier zu reparieren.“ Christian, das ist Christian Kreuz (44) von der Diakonie, einem der drei Verbände, die in der Landesaufnahmestelle aktiv sind. Normalerweise sind es acht Teilnehmer, das Projekt ist im Februar gestartet. „Die Leute wollen ja auch alle mobil sein. Fahrräder haben sie hier, aber die meisten sind defekt. Dann ist es gut, wenn die jemand repariert“ erklärt Kreuz. Eine Win-Win-Situation für alle. Die einen haben Beschäftigung, die anderen profitieren von den reparierten Fahrrädern.

Auch die Caritas hat die AnKER-Mittel des Bundes genutzt, al-



Sascha Weidig ist der Leiter der Einrichtung in Lebach.

erdings nicht nur für neue Projekte, sondern auch, um bereits bestehende zu erweitern. „Wir bieten bereits Hausaufgabenhilfe an. Da betreuen wir etwa 50 bis 60 Kinder. Im Zuge von AnKER haben wir noch eine weitere Lerngruppe dazubekommen“, erklärt Helmut Selzer, Geschäftsführer der Caritaseinrichtung in der Landesaufnahmestelle. Der Verband ist dort unter anderem für den Kinderhort und die Kindertagesstätte verantwortlich. In den beiden Einrichtungen werden jeweils zur Hälfte Flüchtlingskinder und Regelkinder aus dem Umkreis betreut.

Außerdem bietet die Caritas einen Migrationsdienst an, der in verschiedenen Projekten unterschiedliche Themenfelder wie Sprachkurse, Berufsberatung oder eine offene allgemeine Beratung bereitstellt. Ein weiteres Projekt, das im Mai starten soll und ebenfalls aus AnKER-Mitteln finanziert wird, ist die Einstellung eines Sozialpädagogen, der verstärkt freizeit- und sozialpädagogische Gruppenangebote in den Blick nehmen soll. „Er wird für Dinge verantwortlich sein, die zum Teil auch jetzt schon laufen, aber eben nur, weil Mitarbeiter, die eigentlich in anderen Projekten tätig sind, es zusätzlich machen.“ Für Selzer ist es positiv, dass im Rahmen von AnKER auch Mittel für die Verbände zur Verfügung gestellt werden.

Kritik an der langen Aufenthaltsdauer

Aber natürlich gibt es auch Kritikpunkte. Unter anderem der lange Aufenthalt in der Landesaufnahmestelle. „Ich finde diesen langen Aufenthalt nicht gut. Im AnKER-Konzept ist er für Familien eigentlich auf sechs, für Einzelpersonen und kinderlose Ehepaare auf 18 Monate beschränkt. Das wird nicht immer eingehalten.“ Man wechsle dann einfach von der Aufnahmeeinrichtung in die Gemeinschaftsunterkunft.



Upcycling-Werkstatt: Flüchtlinge reparieren ein Fahrrad.

Auch die Lebensmittelpakete, die an die Flüchtlinge als Sachleistung ausgeteilt werden oder die Duschmöglichkeiten außerhalb der Wohnung, die nur zu bestimmten Zeiten geöffnet sind, seien nicht optimal. Das waren sie aber auch vor AnKER nicht. Und: „Da sind Verbesserungen im Gange, das sehen wir wohl, aber die sind einfach noch nicht für alle zugänglich. Das macht das Zusammenleben schwierig, vor allem wenn über 40 Nationen auf doch sehr begrenztem Raum leben“, erklärt Selzer.

Konkrete Caritas, aber auch politische Lobbyarbeit

Kritik und deutliche Enttäuschung über die Errichtung des AnKERzentrums äußert der saarländische Flüchtlingsrat (SFR). „Wir haben schon seit 2004 ständig Öffentlichkeitskampagnen gemacht, mit öffentlichen Begehungen, Plakatkampagnen, Pressekonferenzen undso weiter. Sogar eine Anhörung im Landtag konnten wir erreichen, damals noch, als es Flüchtlingslager Lebach hieß. Unser Ziel war immer, dass es in der Form, wie es existiert, aufgelöst wird. Wenn, dann maximal drei Monate Erstorientierung und dann eine Verteilung der Flüchtenden auf die Kommunen und Geld statt Sachleistungen“, erklärt Andreas Ries vom SFR.

Die Diskussion über die Errichtung der AnKER-Zentren sei einem rechtspopulistischen Diskurs gefolgt. In dem Moment, in dem die Entscheidung gefallen sei, habe man auf Jahre ein Massenlager festgeschrieben. „Gegen alle Erkenntnisse, dass es auf Dauer krank macht, dass es die Leute psychisch krank macht.“

Selzer weiß um die Probleme, hält aber die Auflösung der Einrichtung für eine unrealistische Forderung. „Wir als Caritas haben gesagt, wir sehen unsere Aufgabe darin, die Gegebenheiten so anzunehmen wie sie sind, und für die Menschen hier da zu sein, um das Leben in der Landesaufnahmestelle erträglicher zu machen.“ Im Rahmen der Liga der freien Wohlfahrtsverbände Saar stelle man aber natürlich auch politische Forderungen. So solle ein Aufenthalt längstens auf zwölf Monate beschränkt sein. Außerdem fordert die Liga eine neutrale Asylverfahrensberatung, was momentan noch schwierig sei, sagt Selzer.

Natürlich kennt auch Weidig die Kritik des SFR. Die Diskussion darüber, dass ein AnKER-Zentrum Isolationshaft bedeute, findet er aber überspitzt. „Wenn ich die Unterbringung vernünftig organisiere, ist das keine Isolationshaft. Es ist ja kein Gefängnis, jeder kann

kommen und gehen wann er will, er muss sich nur an- und abmelden. Natürlich muss eine gewisse Betreuung vor Ort stattfinden. Da kümmern wir uns mit den drei Verbänden Caritas, Diakonie und Deutsches Rotes Kreuz drum. Aber es darf nicht so sein, dass man jeden bei allem an der Hand nehmen muss.“

Freiheit bietet in seinen Augen auch die Lebensmittelausgabe. Die findet an diesem Mittag gerade statt. Die Flüchtlinge identifizieren sich mit ihrem Ausweis und bekommen ein Märkchen. Am nächsten Schalter erhalten sie dafür ein entsprechendes Paket. Im Kühlhaus zeigt Weidig, was es alles gibt. Pakete speziell für Schwangere, Babynahrung, Pakete für Muslime, Diätpakete undso weiter. Aus Weidigs Sicht fördert das die Eigenständigkeit. „Es gibt keine feste Essenszeit, jeder kann kochen, wann er will, und essen, was er will. In den Körben sind auch immer noch Rezeptblätter, was man damit zubereiten kann.“ Ein praktischer Nebeneffekt: Im vorderen Bereich des Raumes stehen Kisten, in denen die Menschen Nahrungsmittel zurückgeben können, die sie nicht möchten.

Die Lebensmittelpakete sind aus Sicht des SFR einer der großen Kritikpunkte an der Einrichtung. „Es wird von den Betroffenen dort abgelehnt, dass man sich sein Essen nicht selbst aussuchen kann. Es ist schon relativ armselig, was es gibt. Sie achten zwar schon darauf, dass beispielsweise Muslime kein Schweinefleisch bekommen, aber es ist einfach viel Verpacktes, wenig Frisches und oft wiederholt es sich“, kritisiert Ries.

Die Landesaufnahmestelle soll ihr Gesicht verändern

Momentan überlege man, eventuell auf eine Shoplösung umzustellen, erklärt Weidig. „Wir würden ein kleines Geschäft machen, die Leute bekämen wegen des Sachleistungsprinzips Kärtchen mit Punkten und können dann in dem Shop kaufen, was sie wollen. Das wäre noch mehr Eigenständigkeit.“ Das sind aber momentan nur Überlegungen.

Ebenfalls in der Kritik des SFR stehen die Duschmöglichkeiten. „Es gibt ja nur das zentrale Bad, auch nur zu bestimmten Öffnungszeiten“, sagt Ries.

Aber es bewegt sich was, wie Weidig versichert. Tatsächlich steht zwischen den kasernenähnlichen Häusern ein Bau, der sich von den anderen unterscheidet. Es ist die Nummer 13, ein neu angelegtes Gebäude zwischen den alten Bauten. Weidig gibt zu: „Unser Unterknftsgebäude sind äußerlich im schlechten Zustand.

Aber wir sind dran, es wurden teilweise Gebäude abgerissen, neu gebaut, in den nächsten drei bis fünf Jahren wird sich das Gesicht der Landesaufnahmestelle komplett verändern.“ In manchen Häusern stehen die Fenster offen, Arbeiter bringen große Eimer mit Bauschutt heraus. Später soll es insgesamt weniger Gebäude geben, dafür mit einer anderen Struktur. „Unser erster großer Neubau hat eine Kapazität von maximal 120 Personen, 20 Wohneinheiten mit jeweils maximal sechs Leuten. Der Eingang liegt zentral vorne, es gibt abgetrennte Dusch- und WC-Bereiche, außerdem einen gemeinsamen Aufenthaltsbereich und daran anschließend nach hinten zwei Schlafzimmer.“ Weidig ist sich sicher, dass auch das Gemeinschaftsbad irgendwann Geschichte sein wird.

Klingt, als würde alles besser werden in der Landesaufnahmestelle Lebach. Darum sei es auch gegangen, als man sich entschieden habe, AnKER-Zentrum zu werden, meint der Einrichtungsleiter. „Wir waren schon recht gut in den Abläufen. Die Unterstützung des Bundes war für uns die Möglichkeit zu sagen, okay, wir werden noch besser.“ Natürlich sei es etwas mehr Arbeit, sich immer mit dem Bund abzustimmen. Aber letztendlich ginge es um das Wohl der Menschen, die nach Deutschland kommen.

Damit hängt ein weiterer Punkt zusammen, der je nach Sichtweise als Kritik geäußert oder als Vorteil gesehen wird. Mit der AnKER-Struktur sollen die Verfahren schneller werden. Schnellere Abschiebungen, das sagt der SFR – schnellere Klarheit für die Betroffenen, sagt Weidig.

Es kommt also darauf an, wenn man fragt. Für Ende des Jahres steht eine Evaluation des Ganzen an. Selzer ist sich sicher: „Da wird die Politik auf andere Dinge schauen als die Wohlfahrtsverbände.“

Wer sich das AnKER-Zentrum Lebach anschaut, wird feststellen, dass der Grundsatz gleichgeblieben ist. Die Flüchtlinge kommen weiterhin, auch wenn es weniger sind als noch 2015. Ämter entscheiden weiter, manche dürfen bleiben, andere müssen gehen, alles wie gehabt. Für die Menschen, um die es hier geht, hat sich wenig geändert mit dem AnKER-Zentrum.

Dass es überhaupt eines ist, wird nur an einer Stelle der Einrichtung deutlich. Dort wo die Menschen ankommen, hängt ein Schild mit dem neuen Namen. Aber ob jetzt in einem AnKER-Zentrum oder in einer Landesaufnahmestelle über sie und ihre Zukunft entschieden wird, dürfte den meisten von ihnen egal sein.



Aus der Landesaufnahmestelle in Lebach ist ein „AnKER“-Zentrum geworden.

Fotos: Michael Merten